



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 16.12.2013

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler	ohne TOP 4
Herr Erster Bürgermeister Wersch	TOP 4

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 2
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Bode	
Herr Stadtrat Brenner	ab TOP 3
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Etzinger	
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Heinkele	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Herr Stadtrat Hummler	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 3
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	ab TOP 2
Herr Stadtrat Dr. Schmid	
Frau Stadträtin Sonntag	
Herr Stadtrat Späh	
Herr Stadtrat Walter	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Zügel	TOP 3 und 4

entschuldigt:

Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Dr. Compter

Gäste:

Herr König, Jugend Aktiv TOP 1
Ca. 30 Zuhörer, darunter einige Rektoren Großteil nur TOP 1

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt bis TOP 3
Herr Buchmann, Kulturamt TOP 3 und 4
Frau Buchwald, Wieland-Museum bis TOP 4
Frau Fischer, Personalrat
Frau Fürgut, Referentin des Oberbürgermeisters
Herr Kopf, Hochbauamt bis TOP 3
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt bis TOP 3
Herr Mantz, Liegenschaftsamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Reining, Personalstelle
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport bis TOP 6
Frau Voss, Tourismus & Stadtmarketing TOP 3 und 4
Herr Walz, Gebäudemanagement

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Überreichung Dankliste der Dollinger-Realschule	
2.	Präsentation der Evaluationsergebnisse zur Schulsozialarbeit durch Prof. Fröhlich-Gildhoff	
3.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2014 Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	242/2013
4.	Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Biberach	234/2013
5.	Haushaltsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Haushaltsjahr 2014	239/2013
6.	Neugestaltung der Benutzungsgebühren für die städt. Kindertageseinrichtungen	225/2013 + 225/2013 - 1
7.	Änderung der Hauptsatzung - Sitzverteilung im Ortschaftsrat Stafflangen	236/2013
8.	Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit	240/2013
9.	Bildung des Gemeindevwahlausschusses für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014	241/2013
10..	Bekanntgaben - Frühere Dollinger-Realschule	
11.1.	Verschiedenes - Streetworker und Wochenblattbericht	
11.2.	Verschiedenes - Neujahrswünsche des Gemeinderats	

Die Mitglieder wurden am 11. 12.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 11.12.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Überreichung Dankliste der Dollinger-Realschule

Rektor Pfab von der Dollinger-Realschule überreicht OB Zeidler als Dank der Dollinger-Realschule für das, was sie bekommen habe, eine Dankesliste. In ihr hätten sich alle Schüler verewigt und einen Kommentar zur neuen Schule abgegeben.

TOP 2 Präsentation der Evaluationsergebnisse zur Schulsozialarbeit durch Prof. Fröhlich-Gildhoff

Herr Prof. Fröhlich-Gildhoff berichtet unterstützt durch eine Powerpointpräsentation von einer riesigen Resonanz der Schulsozialarbeit bei Schülern, Lehrern und Schulsozialarbeitern. Die Präsentation ist als **Anlage** beigefügt. Unter ihnen habe man eine Befragung mit Stichproben durchgeführt. Die erhobenen Daten bezeichnet er als tragfähig. Wo Schulsozialarbeit vor relativ kurzer Zeit eingeführt sei, stelle die Einzelfallhilfe fast den alleinigen Schwerpunkt dar. Dort wo sich Schulsozialarbeit etabliert habe, sei das Angebotsspektrum deutlich ausgeweitet. Sie sei bei Schülern bekannt und allgemein positiv besetzt, auch bei denjenigen, die noch nichts mit Schulsozialarbeit zu tun gehabt hätten. Es bestehe der deutliche Wunsch der Schüler nach noch mehr Präsenz der Schulsozialarbeiter. Dies liege unter anderem daran, dass Grundschulen nur mit einer 25 Prozent-Stelle ausgestattet seien. Die Hälfte der Eltern kenne Schulsozialarbeit. Drei Viertel hätten noch nichts mit ihr zu tun gehabt, was verständlich sei. Die Eltern forderten Präventionsarbeit und mehr Präsenz. Die Lehrer verzeichneten relativ viele Kontakte, sprächen der Schulsozialarbeit eine hohe Anerkennung für ihre Kompetenz aus und bewerteten sie sehr positiv. Bei ihnen sei der Wunsch nach mehr Präsenz und weiteren Gruppenangeboten deutlich.

Die Arbeitsschwerpunkte der Schulsozialarbeiter sei abhängig vom Umfang ihrer Tätigkeit, wobei allgemein die Einzelfallhilfe deutlich im Vordergrund stehe. Er spricht ein Kompliment für das bisher Geleistete aus. Schulsozialarbeit habe sich etabliert, sei anerkannt und werde positiv bewertet. Die Stadt habe hier sehr sinnvoll aus sich heraus investiert. Er empfehle daher, das Angebot aufrecht zu erhalten und langfristig stärker an den Schulen zu verankern, damit die Anbindung der Schulsozialarbeiter an die Schule in ausreichendem Maß gegeben sei. Von den vier Pflichtaufgaben, die der KVJS definiert habe, werde nur die Einzelfallhilfe bei allen angeboten. Wenn die Ressourcen ausgeweitet würden, solle dies mit einer inhaltlich konzeptionellen Ausrichtung verbunden werden. Dabei sei die Gruppenarbeit in den Vordergrund zu stellen und die Arbeit in enger Abstimmung mit „Jugend Aktiv“ zu steuern. Er stellt klar, Schulsozialarbeit sei keine Feuerwehr. Sie sei auch für Probleme da, habe aber einen wichtigen Auftrag im Rahmen der Daseinsfürsorge, sprich der Entwicklungsförderung und solle sozial emotionales Lernen fördern, also präventiv tätig sein. Er empfiehlt mindestens eine halbe Stelle an jeder Schule. Wenn nötig könnten diese auch geschlechtsspezifisch punktuell getauscht werden, generell sollte aber eine feste Zuordnung gegeben sein. Bei den Grundschulen sollte eine Erhöhung um 25 Prozent erfolgen. Die Dollinger-Realschule sollte mit 100 Prozent ausgestattet werden und die Gymnasien mittelfristig um zusätzlich 50 Prozent je Schule. Eine Mittagessenbetreuung durch Schulsozialarbeiter sei ungünstig, da sie Vertrauensperson sein sollten, was Konflikte geben könnte.

Es wird applaudiert.

OB Zeidler bezeichnet sich als großen Anhänger von Schulsozialarbeit. Heute sollten nur Sachfragen geklärt werden. Im neuen Jahr werde man zeitnah eine Vorlage zur Diskussion in den Gemeinderat einbringen.

StR Abele bringt vor, einige Ergebnisse hätten ihn überrascht, beispielsweise die Elternkontakte. Er erkundigt sich nach der Art und Qualität dieser Kontakte. Der Wunsch nach mehr Präsenz habe dagegen nicht überrascht. Er erkundigt sich nach Ansatzpunkten für eine noch effizientere Gestaltung. Die hohe Zufriedenheit sei auch ein Kompliment an die Schulsozialarbeiter.

StR Keil meint, die Schulsozialarbeit habe sich gleichzeitig mit den Ganztagschulen etabliert. Er fragt, ob sich unter Umständen nur mit einem Ganztagesangebot bei der Schulsozialarbeit sinnvoll arbeiten lasse.

StRin Goeth fragt, wie offene Angebote von anderen Institutionen abgedeckt würden und wie Schulsozialarbeit in anderen Städten gehandhabt werde. Sie gibt zu bedenken, dass 50 Prozent Auswärtige an weiterführenden Schulen seien, weshalb Gemeinwesenarbeit nicht geleistet werden könne.

StR Späh fragt, ob Aufgabengebiete benannt werden könnten und eine Reihung zu ihrer Bedeutung.

StR Funk fragt, wie vorzugehen sei, wenn nicht alle Aufgaben erbracht werden könnten. Er meint, Schulsozialarbeit müsse gerecht für alle Schüler und Lehrer sein, die letztlich davon entlastet würden.

StR Hummler spricht die Kostenbeteiligung des Landes an und erkundigt sich nach Fortbildungsangeboten für Schulsozialarbeiter und Schulleitungen, um Modelle kennenzulernen, wie Schulsozialarbeit erfolgreich umgesetzt werden könne.

StR Hagel bittet um ein Urteil zur Zuordnung der Schulsozialarbeit zu „Jugend Aktiv“.

Herr Prof. Fröhlich-Gildhoff antwortet, bei der präventiven Arbeit und der Etablierung sozialpädagogischer Angebote handle es sich um die Basis der Arbeit, die sogenannte universelle Prävention. Dies seien Angebote, die das soziale Lernen förderten und die soziale Widerstandsfähigkeit stärkten. Die Debatte um die Ganztageschulen gehe in diese Richtung und auch die Diskussion über neue Lehrpläne. Verhaltensauffälligkeiten würden gesenkt und die intellektuelle Leistungsfähigkeit gesteigert. Daher seien Investitionen in die universelle Prävention wichtig. Es müsse gezielt mit Klassen an diesem Thema gearbeitet werden. In Kooperation mit den Lehrern könne hier von Schulsozialarbeit viel geleistet werden. In der Mitte der Angebotspyramide von Schulsozialarbeit befinde sich die selektive Prävention. Auffällige Kinder, egal ob expressiv oder zurückhaltend, benötigten Ansprechmöglichkeiten. An der Spitze, also nur mit einem geringen Anteil, bestehe die indizierte Prävention. Sie gelte Kindern, die schlaflose Nächte bereiteten. Diese Aufgabe könne die Schule alleine nicht mehr leisten, sondern es seien Netzwerke erforderlich. Diese Vernetzung müsse stattfinden, ehe Probleme entstünden, dann könne Schulsozialarbeit die Schule ein Stück weit entlasten. Diese Pyramide beschreibe relativ präzise was Schulsozialarbeit zu leisten habe. Man dürfe also nicht an Einzelfallhilfe hängen bleiben, sondern müsse auch die Grundlagen stärken, was Präsenz und Qualifizierung erfordere. Eine bestimmte Reihenfolge der Aufgaben gebe es nicht, da die Probleme blieben und bis der Sockel bereitet sei, dauere es einige Jahre. Fortbildung biete beispielsweise der KVJS, ob dies auch für Lehrer gelte wisse er nicht. Zur Zuordnung lässt er wissen, in Freiburg habe man fünf unterschiedliche Träger, was Vorteile und Nachteile mit sich bringe. Es habe auch Vorteile, wenn Schulsozialarbeit nicht von mehreren Trägern erbracht werde, wobei er kein Fan von Monopolen sei. Er denke, angesichts der Größe Biberachs sei die Ansiedlung bei „Jugend Aktiv“ in Ordnung, zumal offensichtlich Vertrauen vorhanden sei. Funktionierende Schulsozialarbeit sei nicht an das Ganztagschulsystem gekoppelt. Er meint, es sei relativ gut, wie Schulsozialarbeit in Biberach betrieben werde, wobei manche Städte unter einer halben Stelle pro Schule gar nicht erst anfangen.

Da keine weiteren Fragen mehr an Prof. Fröhlich-Gildhoff offen sind verlässt er den Ratssaal.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 242/2013 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2014, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Auf Frage von OB Zeidler verzichtet der Gemeinderat auf das Verlesen der Haushaltssatzung.

OB Zeidler führt aus, zu seinem Dienstantritt habe man ihm einige Projekte ins Stammbuch geschrieben. Er nennt das Jugendhaus, den Roten Bau, Investitionen in den Ortsteilen, das Simultaneum und die Stärkung des familienfreundlichen Profils. Diese Maßnahmen habe man auf den Weg gebracht, es stünden aber noch weitere an, wie die Sportlerehrung, die WCs auf den Friedhöfen, Kindergärten- und Schulsanierungen. Es werde für alle nicht einfach werden, Prioritäten zu setzen.

Die Haushaltsberatungen bezeichnet er als von gegenseitigem großem Vertrauen geprägt und man habe sie in Rekordzeit abgewickelt. Er denke, die Form dieses Zusammenarbeitens sollte so weitergehen.

EBM Wersch unterstreicht die insgesamt gute Beratungsqualität und die Gestaltungsfreiheit, die Biberach besitze. Die Qualität des Haushaltsplans habe sich seit dessen Einbringung verändert. Er nennt Mehreinnahmen von 455 000 Euro, die sich aus einem höheren Anteil an der Einkommenssteuer und geringeren Gebühren zusammensetzten. Diesen stünden Mehrausgaben in Höhe von 543 000 Euro gegenüber, die sich aus höheren Personal- und Gebäudeunterhaltungskosten, Mehrausgaben für die Straßenunterhaltung und die Instandhaltung der Grünanlagen zusammensetzten, um die größten Positionen zu nennen. Infolge verzeichne man eine um 79 000 Euro geringere Zuführung zum Vermögenshaushalt. Dort seien gravierendere Veränderungen zu nennen wie 5,4 Mio. Euro Mehrausgaben für den Verkauf der Dollinger-Realschule, die gleichzeitig das Ergebnis 2013 verschlechterten, da der Verkauf sich verzögere. Ferner nennt er eine höhere Zuführung zum Eigenkapital der Stadtwerke sowie Ausgaben für die Sanierung des Spitalgebäudes, was zwischen Stadt und Hospital noch abschließend zu klären sei und Ausgaben für die Lautsprecheranlage der Stadthalle. In Summe mache dies eine Rücklagenentnahme von 3,981 Mio. Euro erforderlich. Der Haushaltsausgleich werde ab dem Jahr 2016 nicht mehr möglich sein, da die Personalkosten nach den Haushaltsberatungen höher lägen und weniger Gebühreneinnahmen zu erwarten seien, was über die Jahre gerechnet Konsequenzen nach sich ziehe. Die allgemeine Rücklage werde planerisch 2014 etwas anwachsen, danach sei ein stärkerer Mittelabfluss als geplant zu erwarten sowie steigende Bauausgaben, die ab 2015 und den Folgejahren wirkten. Als Fazit hält er fest, Biberach verzeichne bei allen Einnahmebereichen ein enorm hohes Niveau. Das Gewerbesteueraufkommen sei sehr gut, aber mit hohem Risiko behaftet, da man von wenigen Betrieben abhänge, weshalb möglicherweise ab 2015 die Handlungsfähigkeit etwas eingeschränkt werden müsse. Er zitiert John Jeffey, wonach Vorsicht und nicht Überschwang das finanzpolitische Motto sein sollte.

Er empfiehlt dem Gemeinderat dem Haushaltsplan frohen Herzens zuzustimmen, aber ab 2016 vorsichtig zu agieren.

Anschließend äußert sich StR Abele für die CDU-Fraktion zum Haushaltsplan wie folgt: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, Franz Kafka sagte einmal: „Geiz ist eines der verlässlichsten Anzeichen tiefen Unglücklichseins“. Nicht geizig zu sein, heißt aber nicht, der Verschwendung zu frönen. Dieses Zitat stammt übrigens nicht von Kafka. Wenn wir heute den Haushalt 2014 verabschieden, dann tun wir dies mit zumeist glücklichen Gesichtern. Nicht nur, weil eine arbeitsreiche Zeit zu Ende geht, die neben Beruf und Familie zu leisten ist und die Verwaltung uns dieses Jahr dabei noch mit weiteren Themen wie z.B. der Neufassung der Gebühren bei den Kindertageseinrichtungen oder diversen Organisationsuntersuchungen beschäftigte. Hier sei die Bitte an die Verwaltung gerichtet, die Vorlagen zeitlich zu entzerren. Bitte bedenken Sie, wir sind ehrenamtlich tätig und dieses Jahr wurden wir aufgrund der Arbeitsfülle nahe an die Grenze des Machbaren geführt, worunter letztendlich die Qualität der Arbeit leiden wird.

Um aber wieder zum eigentlichen Thema zurückzukommen. Zufriedene Gesichter auch deshalb, weil wir aus unserer Sicht einen guten Haushalt auf den Weg gebracht haben. Er schreibt Begonnenes fort, so wie wir es im Investitionsprogramm von 2011 beschlossen haben, beinhaltet aber auch neue grundsätzliche Aspekte der mittelfristigen Politikgestaltung. So ist das bereits angesprochene Thema der Gebührenneuordnung im Bereich der Kinderbetreuung bereits abgebildet. Hierauf komme ich nochmals später zurück. Auch finden sich unsere Anträge aus dem letzten Jahr wieder, wie z.B. die Thematik eines interkommunalen Gewerbegebietes, der Aufbau eines Technologiezentrums oder die Umsetzung unserer Forderung nach preisgünstigem Bauen und Wohnen in Biberach. Wir haben die vergangenen Wochen intensiv beraten. Diese Beratungen waren auf unseren Antrag hin zum ersten Mal öffentlich. Auch wenn diese – sagen wir mal - nicht sehr üppig besucht waren - Herr Mägerle hatte dies ja in seinem Kommentar bereits thematisiert - so bestand dennoch die Möglichkeit der Information, direkt oder indirekt über die Berichterstattung in der Presse. Ich möchte Herrn Mägerle an dieser Stelle danken, dass er aus den Ausschüssen berichtet und die Diskussionen geduldig mitverfolgt hat. Kommunalpolitik ist Politik für die Sache, nah am Bürger und allzeit greifbar. Ich glaube, dies haben die Ausschussberatungen gezeigt und die oftmals beschworenen Seilschaften, die eine für ihre eigenen Interessen ausgerichtete Politik betreiben, diese These wurde eindeutig widerlegt. Auch diese Botschaft geht von diesen Beratungen aus. Jede Bürgerin, jeder Bürger kann über das Ratsinformationssystem die Protokolle der letzten Wochen einsehen. Dies bedeutet Transparenz in der Politik, eine Transparenz, für die wir als CDU stehen. Insofern ist das Experiment gelungen und wir möchten die Öffentlichkeit der Beratungen auch in Zukunft beibehalten.

Gemeinderat und Verwaltung bringen heute einen Haushalt auf den Weg, der ein hohes Investitionsvolumen beinhaltet und in vielen Bereichen Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg bringt, gleichzeitig aber solide ist und weitere Spielräume offen lässt, deren es in einer prosperierenden Stadt wie Biberach viele gibt. Und dies war der im Wesentlichen einzige Knackpunkt in den Beratungen. Viele von der Politik vorgebrachte Initiativen wurden von der Verwaltung abgelehnt, mangels Kapazitäten und Ressourcen. Nicht einmal das vergleichsweise einfache und dennoch wichtige Thema der Toiletten auf unseren Friedhofsanlagen wurde von der Verwaltung so aufgenommen, dass eine zügige Umsetzung erfolgen kann, obwohl eine Fremdvergabe angedacht ist. Von anderen Themen wie zum Beispiel der Sanierung der Mali-Turnhalle oder Maßnahmen im Bereich der Sanierung und des Neubaus von Kindergärten gar nicht zu sprechen.

Vieles wurde geschoben, nur mit dem Schieben lösen wir die Themen nicht, dies muss uns klar sein. Und das Argument der Überlastung der Verwaltung darf nicht dazu führen, dass wir in der Gestaltung unserer Stadt stehen bleiben. Gleichzeitig lesen wir aber in der „sogenannten“ Änderungsliste - für alle die diesen Begriff nicht kennen: hier sind entweder die Beschlüsse aus den Beratungen abgebildet oder es kommen neue Maßnahmen und Titel dazu, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht bekannt oder geplant waren. Wir lesen hier also neue Projekte wie zum Beispiel zum Hochwasserschutz oder vorbereitende Gutachten. Hier haben wir schon ein Problem, wenn auf der einen Seite bestehende und zum Teil beschlossene Projekte verschoben werden, auf der anderen Seite aber neue Themen entstehen. Daher, und dies war Konsens in den Beratungen, wird es einer der ersten Amtshandlungen des neuen Gemeinderates sein, all diese Themen in eine zeitliche Reihenfolge zu bringen und die Prioritäten festzulegen. Die Vorarbeiten hierzu muss die Verwaltung aber bereits in 2014 leisten. Wir denken da insbesondere an die Kindergärten und Schulen. Wir benötigen die Konzepte für das Talfeld, die Braithschule oder die Mittelbergschule, um nur einige zu nennen. Ein Wort noch zur Änderungsliste. Insgesamt tauchen hier neue Maßnahmen bzw. Mittelanmeldungen mit einem Volumen von über 2 Mio. Euro auf, die nachgemeldet wurden. Ohne die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit in Frage stellen zu wollen, erwarten wir zukünftig von der Verwaltung, dass diese nicht über die Änderungsliste nachgeschoben, sondern in die Ausschussberatungen eingebracht werden, die ja zeitlich nur kurz davor stattfinden. Wir können schwer nachvollziehen, dass diese Maßnahmen just in der Woche zwischen Abschluss der Beratungen und Erstellen der Änderungsliste aufgetaucht sind. Dies gehört auch zu dem guten Miteinander, welches wir in den letzten Wochen gepflegt haben. Lassen Sie mich nun auf einige wenige inhaltliche Aspekte zurückkommen und diese zusammenfassen.

Das Thema Bildung und Betreuung hatte ich ja bereits schon erwähnt. Neben der bereits beschlossenen Qualitätsverbesserung mit jährlichen Mehrkosten in Höhe von mehr als 1 Mio. Euro haben wir nun den Weg gewählt, nicht etwa die Gebühren zu erhöhen, nein wir senken diese. Insgesamt nehmen wir hier weitere 450.000 Euro pro Jahr in die Hand, so dass wir nun insgesamt 6 Mio. Euro Jahr für Jahr in dieses wichtige Zukunftsthema als Abmangel über den Haushalt investieren.

John F. Kennedy wird mit den Worten zitiert: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung“. Mit unserem Antrag auf die personelle Verstärkung des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport, der so auch beschlossen wurde, wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass der Projektstau in diesem Amt in angemessener Zeit abgearbeitet werden kann. Die Verwaltung wird uns eine Projektliste zukommen lassen. Wir regen an, diese im Gremium grundsätzlich zu diskutieren, um die Betroffenen und die Öffentlichkeit mitzunehmen. Das Thema Priorisierung hatte ich ja bereits erwähnt. Dies gilt insbesondere für diesen Aufgabenbereich. Wir hoffen nun auf eine baldige Neubesetzung der Amtsleiterstelle.

Wichtig ist und dieses soll nochmals explizit erwähnt werden, dass wir schnell die Einschätzung der Verwaltung erhalten, wie sich die Situation im Bereich der Hortbetreuung entwickelt. Sollten sich zum Kindergartenjahr 2014/15 Engpässe abzeichnen, so müssen wir umgehend reagieren, um nicht in dieselbe Situation wie vor einem Jahr zu geraten. Bitte nehmen Sie dies als dringendes Anliegen der CDU mit.

Wir können festhalten: der Gemeinderat meint es ernst, wenn wir von einem kinder- und bildungsfreundlichen Biberach sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hierzu gehört auch das Thema der Schulsozialarbeit. Wir warten gespannt auf den Evaluationsbericht und die Vorschläge der Verwaltung. Wir als CDU werden einen weiteren Bedarf mittragen. Da die neuen

Sozialarbeiter in bewährter Weise bei „Jugend Aktiv“ beschäftigt werden, können wir über die Deckungsreserve schnell die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen.

Kommunalpolitik ist ein vielfältiges Feld. Es kommt jedoch nicht nur auf die Software, sprich die inhaltliche Ausgestaltung verschiedenster Themen und Projekte, an. Auch die Hardware muss stimmen. Mit Maßnahmen wie dem Neubau der Realschule oder dem Jugendhaus haben wir in der Schul- und Jugendpolitik einiges geleistet. Nun steht das Feuerwehrhaus an. Die Entwürfe wurden in der vergangenen Woche bewertet und die Preise vergeben. Hier sind wir wieder ein Stück weiter.

Noch nicht richtig baulich weitergekommen sind wir mit unserer schönen, simultan genutzten Stadtpfarrkirche. Wir freuen uns, dass das Gremium unserem Antrag folgte, der Bauhütte Simultaneum St. Martin in 2015 einen Zuschuss in Höhe von 1 Mio. Euro zu gewähren. Der Richtigkeit halber sei erwähnt, dass unsere Kirche kein kirchliches Gebäude ist, sondern über die Stiftung sich im Eigentum der Stadtgesellschaft befindet.

Mit der beschlossenen Denkwerkstatt werden neue Themen in den Fokus kommen, Rahmenbedingungen kommunalen Handelns neu bewertet. Wir halten es wie vereinbart für den richtigen Weg, „klein“ zu beginnen und den Prozess zunächst von innen heraus zu strukturieren, um dann die richtige Vorgehensweise in Sachen Themenfindung und Bearbeitung festzulegen. Wir freuen uns auf eine spannende Diskussion.

Leider haben wir nicht alle unsere Anträge durch bekommen. Die Beleuchtung eines Teilstücks des Radweges in „Fünf Linden“ fand ebenso keine Mehrheit, wie unser Antrag zu einer sozialeren Regelung für die Übernahme der Auszubildenden in der Stadtverwaltung. Dies hat uns besonders geschmerzt. Auch wurde unser Antrag für mehr Grün und eine bessere Möblierung in der Innenstadt zurückgestellt. Auch hier kam das Argument der Verwaltung der Nichtleistbarkeit, was wir leider so nicht nachvollziehen können. Nun, so funktioniert Demokratie. Wir werden da allerdings auch nicht locker lassen. Auch das gehört zu Demokratie.

Lassen Sie mich nun noch zum Stellenplan kommen. Hierzu hatte ich in der ersten Lesung kritische Worte gefunden. Das Ordnungsamt ausgenommen, wird die Verwaltung alle beantragten Stellen erhalten. Aber auch das Ordnungsamt wird personell aufgestockt. Wichtig für uns als CDU war in diesem Zusammenhang, dass die Ausländerstelle bei der Stadt Biberach bleibt und nicht wie von der Verwaltung geplant, im Landratsamt angesiedelt wird. Der zusätzlichen halben Stelle konnten wir gerne zustimmen, zumal unterm Strich dies die Stadt weniger kostet als eine Verlagerung, da die Kostenersätze an das Landratsamt nicht unerheblich sind. Das erklärte Ziel der CDU ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ausländerbehörde mit der Integrationsstelle zu verknüpfen und perspektivisch in Richtung „Zuwanderung und Integration“ zu gehen. Wir regen in diesem Zusammenhang nochmals dringend die Bildung der Strukturkommission an. 2017 werden die Personalkosten bei voraussichtlich 27 Mio. Euro liegen. Ich kann nur wiederholen, was ich in der ersten Lesung schon gesagt hatte: neue Aufgaben können nicht gleichzeitig nur neue Stellen bedeuten. In einer Verwaltung mit über 600 Köpfen muss die Herausforderung sein, neue Aufgaben durch Neustrukturierung der Aufgabenfelder und Arbeitsprozesse mit dem bestehenden Personalkörper zu leisten bzw. die Stellen moderat weiterzuentwickeln.

Ich komme nun zum Ende meiner Ausführungen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aus Sicht der CDU müssen zusammenfassend folgende Themen in 2014 vorangebracht werden: Nächste Schritte in Sachen Interkommunales Gewerbegebiet und Fortführung des Markenbil-

dungsprozesses und Ausbau der Wirtschaftsförderung zusammen mit der neuen Amtsleitung. Die Erstellung des Familienberichtes, des Kindergartenberichtes und zeitnah die Ausgestaltung der Hortsituation. Weichenstellungen in Sachen Birkendorf Grundschule und Talfeld sowie die Vorbereitung zur Priorisierung und Festlegen der Aufgaben im ABBS, einhergehend mit einer öffentlichen Diskussion der Projekte und Maßnahmen. Die Vorbereitung zur Neufassung der Investitionsliste, die 2015 auf den Weg gebracht werden muss; die Weiterentwicklung e.wa riss zusammen mit der neuen Geschäftsführung; die Umsetzung der Evaluation zur Schulsozialarbeit; Forcierung des Grunderwerbs und die Planung neuer Baugebiete; keine weitere Verschiebung von Maßnahmen wie die Sanierung der Malihalle oder Pflug- und Braithschule.

Zum Schluss darf ich für die CDU-Fraktion festhalten, dass 2014 ein gutes Jahr für Biberach werden wird. Die Rahmenbedingungen scheinen stabil zu sein, wichtige Vorhaben sind auf dem Weg. Plutarch sagte einst: „Der Haushalt ist der beste, worin man nichts Überflüssiges will, nichts Notwendiges entbehrt.“ Ich denke, dies trifft im wesentlichen auch auf unseren Haushalt zu, wohlwissend, dass es sicher das eine oder andere Projekt gibt, über das man geteilter Meinung sein kann, doch die Richtung stimmt.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Verwaltung und den anderen Fraktionen für die konstruktive und sachgeprägte Zusammenarbeit bedanken. Ihnen Herr Oberbürgermeister Zeidler gebührt mein herzlicher Dank. Sie haben durch ihre Sitzungsführung maßgeblich zum Erfolg der Beratungen beigetragen. Ihr Einstand in Biberach in Sachen Haushalt ist Ihnen gelungen. Ihnen allen wünsche ich nun geruhsame Weihnachtsfeiertage, einen guten Start ins neue Jahr und alles Gute für 2014 verbunden mit der Hoffnung, dass der anstehende Wahlkampf im nächsten Jahr stets fair verlaufen möge, auch wenn er in der Sache durchaus kontrovers sein darf. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Es wird applaudiert.

Für die SPD-Fraktion nimmt StRin Kübler wie folgt Stellung: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, sehr verehrte interessierte Zuhörerschaft, anstrengende sechs Wochen liegen hinter uns, seit wir uns das erste Mal intensiv mit dem Haushaltsplan 2014 befasst haben. Heute nun kann der Haushaltsplan beschlossen werden. Ein Ergebnis, das zwar für die SPD-Fraktion nicht ganz zufriedenstellend ausgefallen ist, sich aber trotzdem sehen lassen kann.

Themen wie dringend anstehende immer wieder verschobene Sanierungen von Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen, Sporthallen standen dieses Jahr im Fokus der Beratungen, sowie die dazugehörige konzeptionelle Ausrichtung in diesen Bereichen. Auf Basis dieser Diskussion wurde von der Verwaltung zugesagt, eine Prioritätenliste im Laufe des Jahres 2014 dem Gremium vorzulegen. Der SDP-Fraktion ist es ein großes Anliegen, verbindliche Zeitpläne den Verantwortlichen, sei es im Schul- sowie Kindergartenbereich, vorlegen zu können. Es muss zum Beispiel schnellstens geklärt werden, wie es mit der Nutzung der Pflugschule, der Förderschule in Verbindung mit dem Thema Inklusion, der Braithschule und dem Kindergarten Braithweg weiter geht. Daran hängt dann wiederum die Talfeld-Kindergartensituation. Die von Herrn OB Zeidler eingerichtete Taskforce lässt hoffen, dass die Brisanz erkannt und nun Bewegung in die Kindergarten- und Grundschulentwicklung kommt. Nur sehr ungern sind wir von unserer Forderung abgerückt, die Sanierung der Mittelberg- Grundschule und der Mali-Turnhalle bereits in 2014 zu beginnen. In diesen beiden Fällen hätten wir allzu gerne Nägel mit Köpfen gemacht. Doch letztendlich hat uns die Verwaltung in ihren Ausführungen glaubhaft und nachvollziehbar aufgezeigt,

dass mit den aktuell anstehenden Projekten, wie Feuerwehrneubau, Jugendhaus, Kindergarten Rissegg, Roter Bau, Mettenberger Halle die personelle Auslastung im Jahr 2014 mehr als erreicht ist, so dass wir uns mit der in Aussicht gestellten Prioritätenliste einverstanden erklärt haben, allerdings mit dem Anliegen, diese beiden Projekte in der Liste ganz oben zu finden. Dieser Sanierungsstau, der uns nun in diese missliche Lage bringt, erinnert an Versäumnisse aus früheren Zeiten und holt uns nun leider zum ungünstigsten Zeitpunkt ein.

Höher gewichtet wurden in den diesjährigen Haushaltsplanberatungen auch Themen wie die Optimierung der Wohnraumsituation, ob im Geschosswohnungsbau oder im Eigenheimbereich, sowie das Thema Energie; denn für die SPD-Fraktion steht die Weiterentwicklung modellhafter Energieprojekte für die Innenstadt im Vordergrund, hier kann möglicherweise eine akzeptable Lösung in der Heizungsfrage für unsere Stadtpfarrkirche gefunden werden. Auch die Mensapreis-Bezuschung wurde nun endlich für 2014 auf die Agenda genommen. Ein weiteres Thema ist die Erweiterung in der Schulsozialarbeit an allen Biberacher Schulen. Die soeben vorgestellte Präsentation des Evaluationsberichts zeigt deutlich den Mehrbedarf auf. In der kürzlich veröffentlichten Kriminalstatistik war zu lesen, dass die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen in Baden-Württemberg derzeit nicht mehr ansteigt. Analysen sprechen dafür, dass gezielte Präventionsmaßnahmen vor Ort am sinnvollsten sind. Die grün-rote Landesregierung erhöht ihren Finanzierungsanteil von 15 Mio. auf 25 Mio. Euro ab 2014. Unser Aufstockungs-Antrag geht also genau in die richtige Richtung.

Was eine bürger- und familienfreundliche Stadt ausmacht, haben der vor 3 Jahren erstellte Familienbericht und die Zukunftswerkstatt herausgearbeitet. Der Familienwegweiser soll nun 2014 fertiggestellt werden. Das ist nur ein Teil aus dem Gesamtpaket. Für fehlende Angebote, wie z.B. weitere flexiblere Betreuungszeiten oder die Notfallbetreuung müssen zeitnah Lösungen gefunden werden. Als Erfolg verbuchen wir den Konsens, behindertengerechte WC-Anlagen auf unseren drei Friedhöfen auf die Dringlichkeitsliste zu setzen.

Unsere Uraltforderung nach einer Bürgercard, ist laut Verwaltung noch nicht entscheidungsreif. Für uns völlig unverständlich. Entweder ist eine derartige Karte gewollt oder nicht. Den damit verbundenen hohen Verwaltungsaufwand als K.o.-Kriterium zu benennen, ist nicht nachvollziehbar. Für viele andere Städte scheint dies nicht das entscheidende Argument gewesen zu sein, sondern eher, womit kann ich die Teilhabe aller erzielen/erreichen.

Nicht erfolgreich waren wir mit unserem Antrag, im Bereich der Kindergartengebühren ein deutliches Zeichen in Richtung familienfreundliche Stadt zu setzen, indem wir den Besuch des Regelkindergartens gebührenfrei stellen wollten. Für uns wäre es der erste Schritt zum vollständig gebührenfreien Kindergartenbesuch gewesen. Die ersten Jahre der Kindheit gelten als Zeitfenster mit besonderen Entwicklungs- und Lernchancen, in dem die Grundlagen für alle späteren Lernprozesse gelegt werden. Auch spielen vorschulische Bildung und Betreuung eine wesentliche Rolle bei der sozialen Integration von Kindern. Unter Punkt 5 der Tagesordnung soll die Neugestaltung der Kindergartengebühren beschlossen werden. Dort werde ich die Gelegenheit nutzen, nochmals intensiver auf das Thema einzugehen.

Mit all unseren in den letzten Jahren gestellten Anträgen zur Stärkung der Infrastruktur, wie zum Beispiel der Bereitstellung eines Technologiezentrums und Anträgen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch mit sogenannten ‚nice to have‘-Anträgen, die seitens der Presse als ‚Kuriiosität‘ abgetan werden, wie z.B. die Forderung in der Innenstadt eine Eislaufmöglichkeit zu schaffen oder einen Bewegungs- und Walkingparcours anzubieten, sowie mehr Sitzbänke und Abfallkörbe aufzustellen, verfolgen wir das Ziel, Biberach lebendig, liebenswert und zukunftsfähig zu

halten und weiterhin ein attraktiver Standort für unsere erfolgreichen Unternehmen und Handwerksbetriebe zu sein. Auch verstehen wir es als ein berechtigtes Ansinnen, dem Vertrauen, dass uns die Familien, Jugendlichen und Senioren entgegengebracht haben, gerecht zu werden.

Die beschlossenen Veränderungen, was die Flexibilisierung und Professionalisierung der städtischen Personalpolitik angeht, freuen uns ganz besonders. Die stetig anwachsenden Aufgaben erfordern eine gute, qualifizierte Personaldecke und engagierte, motivierte Mitarbeiter. Um das zu erhalten bzw. zu erreichen, sind Zeichen wie Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Mitarbeitern ein ganz wichtiger Bestandteil für einen attraktiven Arbeitgeber. Allein schon die zunehmenden Befristungstendenzen haben wir immer wieder moniert. Die miserable Bewerbungssituation in der letzten Zeit ist ebenso ein deutliches Zeichen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wer unsere Reden zu den letzten Haushaltsplänen mitverfolgt hat, erkennt, dass ein langjähriger, ja ich kann schon sagen ‚Kampf‘, der zu jeder Stellenplandiskussion exakt diese Forderungen beinhaltet, für uns zu Ende geht. Erfreulich ist auch, dass eine gewisse Blockadehaltung, die wir in den letzten Jahren immer wieder feststellen mussten, offensichtlich ein Ende hat. Viele Themen, die wir seit Jahren einfordern, werden nun gemeinsam angepackt. Haben wir das der neuen Direktion zu verdanken - Liegt es an der neuen Direktion?

Ein Novum dieser Haushaltsplan-Beratungen war, die Ausschussberatungen öffentlich abzuhalten. Doch die Ernüchterung ist sehr schnell eingeleitet, denn die Öffentlichkeit, die gerne das Zustandekommen mancher Beschlüsse kritisch hinterfragt, war bis auf zeitweise 1 bis 2 Personen, nur in Form der Presse vorhanden. Schade, denn hier geht es um Belange, die die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt betreffen. Unser redliches Anliegen ist es, nicht über die Köpfe hinweg, sondern auf Augenhöhe mit den Mitbürgern unsere Stadt im positiven Sinne weiter zu entwickeln. Im Dezember 2014 bietet sich die nächste Gelegenheit. Möglicherweise lösen die kommenden Kommunalwahlen einen Impuls aus – wir würden es begrüßen.

Nun möchten wir danke sagen, und zwar allen Biberacher Unternehmern einschließlich den mittelständischen sowie den Handwerksbetrieben, die es uns mit ihrer Treue zum Standort Biberach und ihrer Innovationsfreudigkeit, die sich letztendlich in den Gewerbesteuererinnahmen widerspiegeln, ermöglichen, diese Stadt gestaltend und nachhaltig voran zu bringen, allen Initiativen, Vereinen und vor allem den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihr wertvolles ehrenamtliches Engagement einen gewichtigen Teil dazu beitragen, die Stadt ein Stück weit liebenswerter zu machen. Die SPD-Fraktion bedankt sich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihr großes und wertvolles Engagement. Zurückblickend war das Jahr 2013 mit dem Projekt der neuen Realschule eine ganz besondere Herausforderung; das Ergebnis ist eine wahre Meisterleistung. Herrn OB Zeidler, Herrn Finanzbürgermeister Wersch, Herrn Baubürgermeister Kuhlmann und Herrn Kulturdezernenten Dr. Riedlbauer danken wir für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die SPD-Fraktion wünscht Ihnen allen ein besinnliches, friedvolles und geruhames Weihnachtsfest. Der gestern zu Ende gegangene Christkindlesmarkt, mit seinem einmaligen, himmlisch anmutenden Begleitprogramm, konnte Sie hoffentlich bereits etwas vom Alltagsstress ablenken. Möge 2014 für Sie ein gesundes, zufriedenes und erfolgreiches Jahr werden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Applaus)

StRin Goeth äußert sich in 8.40 Minuten für die Freien Wähler mit folgenden Worten: „Der Haushaltsplan wird von den Fraktionen in jedem Jahr mit Spannung erwartet. Spannend ist, mit welchen Einnahmen gerechnet wird und welche Maßnahmen und Projekte mit diesen Einnahmen in Angriff genommen werden können. Begrenzender Faktor bei den Projekten sind allerdings nicht nur die Finanzen, sondern auch die personelle Leistungsfähigkeit der Verwaltung.

Die gleichbleibend hohen Einnahmen verführen dazu, dass der Wunschzettel immer länger wird. Eine verantwortungsvolle Gemeinderatsarbeit lässt sich jedoch nicht daran messen, wie viele Anträge eine Fraktion stellt. Der Gemeinderat hat die Aufgabe, Wünsche und Bedürfnisse, die an die Räte und an die Stadt herangetragen werden, kritisch zu prüfen: Was ist wirklich notwendig? Was ist lediglich wünschenswert? Welche Aufgaben sind vordringlich? Was ist in der geplanten Zeiteinheit leistbar? Vielfach vergessen werden die hohen bürokratischen Hürden, die insbesondere bei Baumaßnahmen aller Art überwunden werden müssen: Auflagen vom Denkmalschutz, Natur- und Gewässerschutz, Brand- und Lärmschutz, Energieeinsparung etc.. Hinzu kommt die Abhängigkeit von Entscheidungen in Land und Bund, von Grundstücksverhandlungen sowie von Einsprüchen. Diese Aufgaben beschäftigen nicht nur ein Amt, sondern die halbe Stadtverwaltung und führen mitunter zu erschreckend langen Vorlaufzeiten.

Die Freien Wähler haben diese Probleme erkannt und plädieren deshalb seit Jahren für eine Priorisierung und Streckung der Projekte über einen längeren Zeitraum. Ja, Biberach braucht neue Gebäude und Straßen. Ja, etliche Schulen und Kindergärten sind sanierungsbedürftig. Ja, auch die Freien Wähler hätten noch eine Fülle von Ideen, die die Stadt noch attraktiver und lebenswerter machen würden. Aber Hand aufs Herz: Ist die Lebensqualität der Biberacher Bürger wirklich vermindert, wenn die Außensanierung eines Gebäudes nicht sofort durchgeführt wird? Ist das Kindswohl gefährdet, wenn die - zugegeben - notwendige Sanierung einer Schule um ein Jahr geschoben wird? Auch künftige Gemeinderäte wollen noch bauen und gestalten! Wenn Maßnahmen zeitlich gestreckt werden, ist kein zusätzliches Personal nötig. Fremdvergaben können reduziert werden und die legendär hohen Biberacher Einnahmen reichen dafür aus. Im Gegenteil: Die Einwohner könnten durch Senkung der Grundsteuer entlastet werden. Davon würden Eigenheimbesitzer ebenso profitieren wie Mieter, denn die Grundsteuer wird auf die Mieter umgelegt. Der Hochschulstudent würde ebenso profitieren wie der Familienvater, das Rentnerhepaar ebenso wie Handwerks- und Industriebetriebe.

In den Genuss anderer Vergütungen kommt immer nur ein Teil der Bevölkerung. Nehmen wir als Beispiel den von der SPD geforderten kostenlosen Kindergarten. Mit diesem Antrag werden nur Familien mit Kleinkindern entlastet. Sobald die Kinder die Schule besuchen, profitieren sie nicht mehr von den Subventionen. Und wenn Kinder ins Studium kommen und zusätzliche Mieten und Haushaltskosten fällig werden, müssen selbst Familien mit mittlerem Einkommen den Gürtel enger schnallen. Eine Grundsteuersenkung würde auch diesen Familien nützen.

Die Stadt Biberach hat, wie wir schon in der 1. Lesung des Haushalts betont haben, kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Die Freien Wähler denken keineswegs daran, die Rücklagen zu verringern, wie Sie, Herr Wersch, unterstellt haben, sondern es geht darum, die Ausgaben zu reduzieren. Selbst die hohen Biberacher Einnahmen reichen mittelfristig nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Deshalb sind in der mittelfristigen Finanzplanung Rücklagenentnahmen vorgesehen. Dafür sind aber Rücklagen nicht da. Sie sollen die Stadt über Krisenzeiten retten. Die nächste Wirtschaftskrise kommt bestimmt. Ob Biberach dabei erneut so glimpflich davon kommt, ist nicht sicher. Nun, unser Antrag auf Grundsteuersenkung wurde leider abgelehnt.

Andere Anträge der Freien Wähler wurden von der Verwaltung positiv aufgenommen und sind zum Teil schon in der Umsetzungsphase. Das Augenmerk der Freien Wähler galt bei diesen Haushaltsberatungen besonders den unspektakulären Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel Aufstellen und Pflegen von Sitzbänken in der Innenstadt sowie auf den Spazierwegen am Stadtrand, Pflege von Aussichtspunkten, die durch wild angesiedelte Büsche und Bäume zuwachsen. Biberach hat einen großartigen Aussichtsturm, den Gigelturm. Während andernorts millionenteure Aussichtstürme neu gebaut werden, besitzt Biberach ein solches Juwel, kann es aber nicht nutzen. Die brandschutztechnische Ertüchtigung wird von Jahr zu Jahr geschoben. Die

Freien Wähler haben eine klare zeitliche Perspektive gefordert, die von der Verwaltung jetzt auch zugesagt wurde.

Ein anderes drängendes Problem sind die fehlenden WCs auf den konfessionellen Friedhöfen. Die Freien Wähler haben bereits vor den Haushaltsberatungen einen entsprechenden Antrag gestellt in der Hoffnung, dass die Maßnahme unmittelbar in den Haushalt aufgenommen wird. Das war nicht der Fall. Nachdem jedoch die Gemeinderatsmehrheit den Antrag unterstützt, steht der Realisierung nur ein möglicher personeller Engpass im Baudezernat entgegen. Die Freien Wähler sind bereit, Prioritäten im Baubereich zugunsten dieser Aufgaben zu ändern.

Im Bereich Bildung und Betreuung ist unglaublich viel in Bewegung. Sowohl im Kleinkind-, als auch im Kindergarten- und Schulbereich ist die Kommune gezwungen, auf die geänderten Anforderungen baulich zu reagieren. Der von den Freien Wählern angemahnte Schul- und Kindergarten-Entwicklungsplan wurde von der Verwaltung für das 2. Quartal 2014 zugesagt. Erst nach Vorliegen dieses Plans mit den aktuellen Kinderzahlen können die überfälligen Entscheidungen für Neubau, Umbau und Verlegung von Kindergärten und Schulen getroffen werden.

Eine Ausweitung der Schulsozialarbeit hingegen sollte bereits in 2014 beschlossen werden. Inzwischen liegt der Evaluationsbericht der Biberacher Schulsozialarbeit vom Zentrum für Kinder- und Jugendforschung vor. In 2014 muss zusammen mit „Jugend Aktiv“ über mögliche personelle und finanzielle Konsequenzen diskutiert werden.

Wir wollen noch ein weiteres Problem ansprechen: unsere Stiftungen. Viele soziale Projekte in unserer Stadt werden von Stiftungen unterstützt. Die Stiftungen leiden allesamt unter den historisch niedrigen Zinsen. Projekte, die bisher von diversen Stiftungen großzügig gefördert wurden, müssen um ihre Zuschüsse bangen. Insbesondere die Wieland-Stiftung wird bei dieser Zinssituation ohne städtische Zuschüsse nicht auskommen.

Im Nachhinein stellt es sich als Glücksfall heraus, dass die vorgesehenen städtischen Gelder für das Hospiz nicht, wie ursprünglich geplant, in eine Stiftung geflossen sind, sondern jedes Jahr als Zuschuss gewährt werden. Der für die Renovierung der Stadtpfarrkirche für 2015 vorgesehene Zuschuss von 1 Mio. Euro soll deshalb ebenfalls als Zuschuss gewährt und nicht in die Stiftung eingebracht werden.

Dem Haushalt 2014 können die Freien Wähler insgesamt zustimmen. Unser Dank gilt zum einen Frau Leonhardt für die perfekte Erstellung des Haushaltsplans, zum anderen allen Mitarbeitern, die in der sehr knapp bemessenen Zeit die zahlreichen Anträge und Anfragen der Fraktionen bearbeitet haben.“ (Applaus)

StR Weber bezieht für die Grünen wie folgt Stellung: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Damen und Herren, das landwirtschaftliche Jahr hier in Oberschwaben war geprägt von markanten Witterungsverhältnissen. Der lange Winter und die anschließende Regenzeit haben die Aussaat hinausgezögert. Der schöne trockene Sommer hat uns ein optimales Schützenwetter beschert, doch für die Pflanzenwelt war es eben gleich wieder zu trocken. Das und starke Unwetter im Unterland führen jetzt im Winter zu kleineren Engpässen beim Viehfutter. Das ist aber alles noch sehr harmlos im Gegensatz zu all den Wetterkatastrophen weltweit. Nach dem diesjährigen Klimagipfel in Warschau sieht es leider nicht so aus als ob die Weltgemeinschaft hier gegensteuern würde.

Das Jahr war in der Stadt Biberach das erste Jahr mit unserem neuen Oberbürgermeister. Diese Haushaltsdebatten waren geprägt von einer gegenseitigen Wertschätzung. Auch innerhalb der verschiedenen Gemeinderatsfraktionen kam es zu keinen großen Unstimmigkeiten – obwohl -

jetzt kommt ein kleiner unvermeidlicher Seitenhieb - manche Anträge der CDU-Fraktion inhaltlich uns Grünen nicht ganz unbekannt vorkamen. Daher bedanken wir uns an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit mit Ihnen Herr Zeidler, und mit allen hier im Gemeinderat. Auch ein großer Dank gilt allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die Vor- und Nacharbeit der Sitzungen und auch für die alltägliche Routinearbeit.

Die Fertigstellung der größten Realschule Baden-Württembergs ist ein großer Meilenstein und trägt sehr zur Attraktivität unserer Stadt bei. Die Haushaltslage ist Dank unserer blühenden Wirtschaft ausgezeichnet. Dies haben wir unseren Betrieben zu verdanken, die zum allergrößten Teil als Familienbetrieb geführt werden, und die gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiter hinter sich wissen.

Wir nehmen weniger Geld aus der Rückhaltebox - das hört sich gut an, aber wir sollten mit diesem Geld arbeiten „ebbes schaffa“ und es nicht vergraben. Das war schon bei den drei Dienern nicht gut. Sie können das nachlesen beim Evangelisten Lukas Kapitel 19, Vers 11 – 27. Als Stadt haben wir auch die Verantwortung unsere finanziellen Mittel verantwortungsbewusst und vorbildlich einzusetzen.

Wenn wir unseren Wohlstand im Angesicht des Klimawandels und der demographischen Entwicklung in Zukunft halten wollen, müssen wir hier und jetzt von unten handeln, denn wie der Klimagipfel zeigt, sind Massen einfach sehr träge.

Mit unserer neu besetzten Stabstelle der e.wa riss muss die Energiewende im Fokus stehen. Wir Biberacher gründen eine Bürgerenergiegenossenschaft. Elektromobilität muß immer mehr Alltag werden – aber auch hier ist zu bedenken, dass die Benutzung des ÖPNV, des Fahrrads oder ein Gang zu Fuß immer noch am meisten Energie spart. Vorbildfunktion müssen wir als Gemeinderat und als Stadtverwaltung haben – überdenken wir unser Mobilitätsverhalten und verbessern es wo immer möglich. Richtungsweisend sollten für uns die Vorgaben im EEA (European Energy Award) sein. Es gibt noch viel zu tun. Unser Landkreis und andere Städte machen es uns vor. Im Gegensatz zur nachhaltigen Stadt gehört im EEA auch ein ehrliches Hinterfragen unseres Konsumverhaltens als Privatpersonen, als Gemeinderäte und als Mitarbeiter der Stadtverwaltung dazu. Unterstützen wir mit unserem Einkaufsverhalten faire Löhne, soziale Arbeitsbedingungen und den Schutz der Umwelt? Oder fördern wir Armut um jeden Dumpingpreis? Können wir uns diese Armut auf der Welt mit allen Folgekosten wirklich leisten?

Zu diesem Thema gehören auch die „hohen“ Kosten von 3,95 Euro für eine Mahlzeit in unseren Schulmensen. Was ist uns ein gutes, nachhaltiges Essen für unsere Kinder und Jugendliche wert? Wenn die Kosten für unsere Familien zu hoch sind, sollten wir als Kommune einspringen. Auch das ist eine Investition in die Zukunft.

Als Biobauer komme ich einfach nicht drum herum, wieder und immer wieder gegen unseren immensen Flächenverbrauch zu appellieren. Wir dürfen unseren wirklich sehr fruchtbaren Ackerboden an dieser schönen Ecke der Welt nicht versiegeln. Sonst war es dann einmal eine schöne und fruchtbare Landschaft.

In Mettenberg haben wir nun einen schönen, neuen Fußballplatz, der auch rege benutzt wird. Ein Funktionsgebäude kommt auch noch dazu. Unser Sportverein, insbesondere die Fußballer sind begeistert. Dazu beitragen wird auch der Neubau unserer Turn- und Festhalle. Wir freuen uns. Um den Dorfcharakter zu erhalten ist es für uns unabdingbar, dass die Schule im Dorf bleibt.

Durch das gemeinsame Erleben der Grundschulzeit wird ein Gemeinsamkeitsgefühl der Jugend im Dorf geschaffen. Ums Haar wäre wieder eines der ursprünglichen Häuser von Mettenberg einem großen Wohnblock zum Opfer gefallen. Bei solchen baulichen Veränderungen wollen wir, dass der Ortschaftsrat auch mit eingebunden wird, denn der Dorfcharakter darf nicht verloren gehen.

Im Landkreishaushalt sind zwar noch ¼ Million Euro Planungsrate für den Mettenberger Aufstieg enthalten, aber ich glaube nach unserer Verkehrsklausur im Frühjahr kommen wir zu der Einsicht: Diese Straße brauchen wir nicht. Dann könnten wir Mettenberger zufrieden aufatmen. Als Dank würde dann jedes Jahr der Mettenberger Kalender den unser Alexander Wachter immer kreiert, beim OB im Rathaus hängen.

Dem Haushalt werden wir zustimmen.“ (Applaus)

Abschließend äußert sich StR Funk für die FDP-Fraktion mit folgenden Worten: „Sehr geehrte Damen und Herren, ich erlaube mir in der zweiten Haushaltsrede verstärkt auf die Betriebe und Stiftungen einzugehen. Gerade als wir mit der Prüfung und den Beratungen des Haushaltsplanes der Stadt Biberach, der Wieland Stiftung und der Eigenbetriebe fertig waren und wir uns fragten, ob die Aufsichtsräte der e.wa riss beim Vergraben der Steuergelder in der e.wa Netzgesellschaft Gold oder Öl gefunden haben, kam die Ernüchterung. Beim Studieren und Prüfen der Änderungsliste zur heutigen Drucksache 242/2013 konnte der aufmerksame Leser, aber wirklich nur der ganz aufmerksame Leser, folgendes feststellen: Im Jahr 2014 brauchen die Stadtwerke aus dem Haushalt der Stadt Biberach nicht nur die eingeplante 1 Mio. Euro Zuschuss, sondern weitere 1,63 Mio. Euro wegen der Verluste der e.wa Netzgesellschaft. In den Jahren 2015 bis 2017 folgen weiter 2,8 Mio. Euro also insgesamt 4,43 Mio. Euro und damit ist das Ende der Fahnenstange oder besser gesagt der Kapitalvernichtung vermutlich noch nicht erreicht. Diese halbherzige Unterrichtung in letzter Sekunde, fast unter dem Weihnachtsbaum, verstehen wir insbesondere deshalb nicht, weil unser für die Finanzen zuständige Erster Bürgermeister Roland Wersch derzeit in Personalunion auch Aufsichtsratsvorsitzender der e.wa riss und der Stadtwerke Biberach ist. Der Einstieg ins Glasfasernetz erfolgte gegen den Widerstand der FDP-Fraktion und gesetzeswidrig am Gemeinderat vorbei. Jetzt muss bei dieser Vernichtung von Steuergeldern die politische Verantwortung schnell übernommen werden. Außerdem muss jetzt eine Sonderabschreibung erfolgen, damit die neuen Geschäftsführer frei von Altlasten einen Neuanfang angehen können. Der echte Schaden muss ganz schnell endgültig beziffert werden. Daneben wünschen wir uns für den städtischen Teil der e.wa riss einen neuen Aufsichtsrat mit unserem Oberbürgermeister an der Spitze und Frau Leonhardt vom Beteiligungsmanagement. Die weiteren Aufsichtsräte sollten Fachleute sein aus den Geschäftsbereichen Gas, Strom, Wasser und vor allem Glasfasernetz. Wir wollen also bei der e.wa riss keine politischen Aufsichtsräte mehr haben. Die anderen Geschäftsbereiche der Stadtwerke mit ihren jährlichen Verlusten von 1,8 Mio. Euro bei den Bädern und 800.000 Euro bei der Parkierung sind mittelfristig unter Kontrolle. Der ÖPNV arbeitet für die Stadt verlustfrei. Für die zuletzt geleistete Arbeit als Aushilfsgeschäftsführerin bei den Stadtwerken bedankt sich die FDP-Fraktion bei Frau Leonhardt ganz speziell und außerordentlich. Sie ist eine wahre Geheimwaffe und hätte eine extra Honorierung verdient.

Beim Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft wird eine sehr gute jährliche Arbeit geleistet. Das Gesamtergebnis über einen längeren Zeitraum kann aber immer noch nicht beurteilt werden. Hierzu müssen erst die Bestandsveränderungen und deren Bewertungen dem Gemeinderat in transparenter Form jährlich und unaufgefordert geliefert werden. Dies muss jetzt, acht Jahre nach der Gründung des Betriebes, möglich sein. Nur nebenbei sei erwähnt, dass die FDP-Fraktion früher

schon einmal dafür gesorgt hatte, dass im Geschäftsbericht freiwillig und transparent dargestellt wurde, wenn sich der Gewinn durch den Verkauf einer Immobilie einmalig erhöht hat.

Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung läuft wie immer problemlos und beinhaltet kein Risiko. Die Zusammenarbeit mit dem Baudezernat generell läuft derzeit transparent und gut. Wir FDP-Stadträte können deshalb von unserer zur Verfügung stehenden Zeit in diesen Bereichen mehr für das Mitgestalten als für das Kontrollieren verwenden. Beim Mitgestalten macht sich die FDP-Fraktion weiterhin Gedanken darüber, ob es nicht gegenüber künftigen Generationen fairer wäre, die Schulden des Eigenbetriebs Stadtentwässerung zurückzuzahlen. Wir erinnern daran, dass Herr Wersch zu Beginn seiner Arbeit in Biberach in höchster Not den Eigenbetrieb gegründet hat, um da hinein die Biberacher Schulden zu stecken. Er sagte dem Gemeinderat damals, das könne man aber nur einmal machen. Warum soll dieser Satz nicht widerlegt werden und wir den künftigen Generationen nicht dieselbe Möglichkeit lassen?

Die Wieland Stiftung ist ein kompliziertes Konstrukt, zumal es noch zusätzlich die Wieland Gesellschaft gibt und damit auch Verwechslungen. Die letzte Zeit war geprägt von einer unsicheren Personalsituation und den niedrigen Zinsen, die allen Stiftungen Probleme bereiten. Nachdem Frau Buchwald mit ihrer sehr guten Arbeit nun dauerhaft zur Verfügung steht und die Zinsen vermutlich für lange Zeit niedrig bleiben, sind die Rahmenbedingungen gesetzt. Die FDP-Fraktion schrieb in „Biberach Kommunal“ schon im letzten Jahr, dass sie sich in dieser Ausnahmesituation, in einer Zeit des billigen Geldes, dafür einsetzen werde, die Stiftung besonders zu unterstützen. Dies kann wie zuletzt über das Kulturbudget, der Unterstützung anderer Kultureinrichtungen oder durch eine weitere direkte Bezuschussung geschehen. Darüber sollte der Gemeinderat im Jahr 2014 befinden. Zusätzlich bitten wir Frau Buchwald das Kuratorium über die Geldanlagen alle 3 Monate zu informieren. Auch sollte sich nach unserer Auffassung der stimmberechtigte Teil des Kuratoriums öfters in geeigneter Form austauschen. Dazu benötigen wir keine Sitzung, das kann über den Kuratoriumsvorsitzenden erfolgen.

Nun zu den Beratungen des Haushaltsplanes der Stadt Biberach. Zwei der acht Anträge der FDP-Fraktion wurden bei den geführten Beratungen abgelehnt. Obwohl der Antrag zur Grundsteuer-senkung identisch von der Fraktion der Freien Wähler gestellt wurde und die Begründungen dafür überzeugend waren, konnten die anderen Fraktionen nicht zustimmen. Der Antrag „ Die Verwaltung legt für ihre im Haushaltsplan ausgewiesenen 199.000 qm Gebäudeflächen einen durchschnittlichen jährlichen Betrag pro qm fest, der nötig ist, um die Substanz zu erhalten“ wurde von allen abgelehnt. Der Wunsch nach mehr Transparenz bei der Substanzerhaltung bleibt ein Alleinstellungsmerkmal der FDP-Fraktion. Die restlichen Anträge sind auf der Agenda der Verwaltung. So wird der Wunsch nach mehr Grunderwerb akzeptiert, um für die gesamte Bevölkerung und nicht nur für einzelne Projekte Bauplätze anbieten zu können. Im Kindergartenbereich beträgt der geplante Abmangel im Jahr 2014 über 5 Mio. Euro. Bis zu den nächsten Haushaltsberatungen wird die von der FDP-Fraktion gewünschte Transparenz für alle Einrichtungen hergestellt.

Den von der Verwaltung vorgeschlagenen niedrigen Kindergartengebühren stimmt die FDP-Fraktion zu. Das System ist einfach, transparent und nachvollziehbar. Wir bedauern aber außerordentlich, dass jetzt nur Familien mit Kindern im Kindergartenalter von gewissen städtischen Vergünstigungen profitieren. Wir haben uns immer für das Instrument der Bildungs- und Betreuungsgutscheine eingesetzt. Diese hätten auch für die Kindergartengebühren verwendet werden können. Dieses System wäre aus unserer Sicht gerechter gewesen. Klar ist jetzt aber auch, dass das jetzige Gebührensystem relativ leicht so verändert werden kann, dass das letzte Kindergar-

tenjahr gebührenfrei gestaltet werden könnte. Die FDP-Fraktion wird die Argumente für und gegen ein gebührenfreies letztes Kindergartenjahr sorgfältig abwägen.

Den Stellenmehrungen haben wir zugestimmt, weil die Verwaltung Monat für Monat durch Wünsche und Beschlüsse anderer Fraktionen mehr Aufgaben abarbeiten muss. Hinzu kommt noch, dass es nicht nur bei Straßen und Gebäuden Sanierungsstau gibt, sondern auch in dem einen oder anderen Amt ein Stau durch liegen gebliebene Arbeit entstanden ist. Es ist immer billiger, wenn es gelingt, die Arbeit ohne die Entstehung eines Staus zu bewerkstelligen. Ein kleiner Stau musste zum Beispiel in dieser Gemeinderatsperiode abgearbeitet werden, als man plötzlich feststellte, dass die Stadt Biberach Grundstücke vom Hospital verwendete und umgekehrt. Die Grundbücher sind jetzt wohl in Ordnung.

Der neue Gemeinderat hat eine ebenfalls liegen gebliebene Aufgabe abzuarbeiten. Es geht um kirchliches und weltliches Geld. Es geht um die Trennung von Kirche und Staat. Zur Erhaltung unserer Stadtpfarrkirche haben wir eine Mitverantwortung und die FDP-Fraktion wird sich für eine nachhaltige Lösung einsetzen. Bei diesen Haushaltsberatungen gab es den Beschluss eine Mio. Euro in die mittelfristige Finanzplanung einzusetzen, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Dies ist trotzdem ein starkes Signal.

Wir haben die OB-Rede mit unserer verglichen und viele übereinstimmende Punkte gefunden.

Wir schließen und den Dankesworten an, insbesondere an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die FDP-Fraktion stimmt beiden Beschlussanträgen zum Haushalt zu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Applaus)

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2014 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je		186.080.000 €
davon im Verwaltungshaushalt	152.105.000 €	
im Vermögenshaushalt	33.975.000 €	

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von		0 €
--	--	------------

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von		34.410.000 €
---	--	---------------------

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 6.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

- 1. für die Grundsteuer**
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 300 v.H.**
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 300 v.H.**
- 2. für die Gewerbesteuer auf 330 v.H. der Steuermessbeträge.**
- 3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2014) in der Fassung der Änderung - Anlage 4 zu dieser Vorlage - festgestellt.**
- 4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie im Haushaltsplan im Einzelnen dargestellt, werden bestätigt.**
- 5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2013 - 2017 - wie in Anlage 2 zu dieser Vorlage dargestellt - wird festgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 234/2013 zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler ist befangen, übergibt den Vorsitz an EBM Wersch und nimmt in den Zuschauerreihen Platz.

StR Kolesch führt aus, die Wieland-Stiftung, die für viele im Verborgenen arbeite, habe einige sehr interessante und gut besuchte Veranstaltungen organisiert, sei aber kein Thema für die Massen. Eine finanziell gut ausgestattete Stadt habe die Pflicht, für ihr kulturelles Erbe zu sorgen. Er bezeichnet Wieland als einen der wichtigsten Söhne der Stadt, weshalb die Stiftungsgründung zur langfristigen Zukunftssicherung wichtig und richtig gewesen sei. Problem seien die geringen Zustiftungen. Die Frage der Geschäftsführung sei sehr zufriedenstellend und langfristig geklärt, weshalb die CDU-Fraktion auf mehr Aktivitäten hoffe und dass die Stiftung mehr Strahlkraft nach außen erhalte. Die Prüfungsbeanstandungen betreffen vor allem Formalien und seien alle abgearbeitet. Die CDU-Fraktion stimme zu.

StR Keil stellt einen Widerspruch in der Aussage auf Seite 2 der Vorlage und Band 7 der Wieland-Studien fest. Die Vorlage bezeichne die Stiftungseinwerbung als zentrale Aufgabe der Wieland-Stiftung, der eigentliche Zweck sei aber ein anderer beziehungsweise in den Wieland-Studien die Zustiftungseinwerbung nicht genannt. Er wirft die Frage auf, ob es Wieland gerecht werde, sich zentral mit der Finanzierung seines Erbes zu beschäftigen. Er fragt weiter, ob ein vierteljährlicher Bericht gerechtfertigt sei, da dieser zusätzliche Belastung für die Geschäftsführung bedeute. Stattdessen könne durch Zeitungslektüre die Arbeit selbst beurteilt werden. Ziel der Wieland-Stiftung sei es gewesen, Wieland lebendig zu halten. Hierfür müsse man tätig werden. Er bezeichnet die Wieland-Ausstellung im Jahr 2013 als Highlight und signalisiert die Bereitschaft, weitere Mittel für ähnliche Aktionen zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Fraktion begleite die Arbeit im Sinne Wielands wohlwollend und mit kritischem Blick, was die Finanzen betreffe.

StR Zügel bezeichnet den Beschluss als wichtig, das Wieland-Archiv in Biberach zu belassen und die Stiftung zu gründen. Ziel sei deren Unabhängigkeit gewesen. Sie solle Wieland der Bevölkerung und hier vor allem den Jüngeren nahe bringen und Wieland populärer machen. Die Wieland-Gesellschaft habe mit ehrenamtlichem Engagement in der Vergangenheit hierzu einiges unternommen. Dennoch habe man das Problem, dass der Kapitalstock nicht ausreiche, da Zustiftungen nicht wie erhofft eingegangen seien und da die Kapitalerträge aufgrund der Niedrigzinsphase nicht ausreichten, um die finanzielle Unabhängigkeit der Stiftung zu gewährleisten. Eine Änderung der Zinssituation sei nicht abschätzbar, weshalb befristet eine finanzielle Unterstützung der Stiftung nach Meinung der Freien Wähler erforderlich sei. Denn die Arbeit mache nur dann Sinn, wenn das bisher Geleistete fortgesetzt werde. Wieland müsse als Marke mit klarem Profil im Bereich Stadtmarketing etabliert werden.

StR Dr. Schmid schließt sich der Beurteilung seiner Vorredner an, dass weiterhin Zuschüsse erforderlich seien. Im Stiftungsrat sei daher die finanzielle Zukunft oft Thema und werde diskutiert, wohingegen über inhaltliche Schwerpunkte zu wenig gesprochen werde. Er meint, Wieland könnte durchaus Massen anziehen, was sein „Theater ohne Namen“ und andere Aktionen bewiesen

hätten. Mit jugendlichen, modernen Wieland-Übersetzungen und -Umsetzungen könnte dies erreicht werden.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion zur Vorlage. Die Finanzen habe man unter Kontrolle, aber nicht was nach der ersten Runde von vier bis fünf Jahren herauskomme. Es sei städtische Unterstützung erforderlich, wie diese aussehe, müsse im Gemeinderat entschieden werden. Zum vierteljährlichen Bericht gibt er zu bedenken, dass Banken vierteljährliche Berichte verschickten, die seines Erachtens einfach an das Kuratorium weitergeleitet werden könnten.

EBM Wersch dankt Frau Buchwald für ihre herausragende Arbeit.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss 2012 für die Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach wird festgestellt.**
- 2. Die Geschäftsführung wird entlastet (§ 16 EigBG).**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 239/2013 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans des Eigenbetriebs Stadtentwässerung 2014, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

BM Kuhlmann erläutert den Haushalt, den er als Haushalt ohne Besonderheiten bezeichnet. Er nennt einige wichtige Maßnahmen, zum Beispiel die Erschließung des Gewerbegebiets Hauderboschen sowie mehr Investitionen in die Substanzerhaltung zur Sicherung des Anlagevermögens. Anders als angekündigt werde man die Gebühren leicht reduzieren können was damit zusammenhänge, dass Gebührenrückstellungen verrechnet würden. Er dankt dem Kämmereiamt und dem Tiefbauamt für die Unterstützung.

Auch StR Deeng bezeichnet den Haushalt als problemlos ohne Besonderheiten. Er hat einige Fragen, die im nachfolgenden beantwortet werden, dankt den Verantwortlichen und signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

StR Dr. Nuding schickt großes Lob an die Verantwortlichen für den gewohnt detaillierten und schlüssigen Haushalt seinen Ausführungen voraus. Er fragt, warum die Stromkosten anders verbucht würden. Er spricht die gesplittete Abwassergebühr an und fragt, ob diejenigen, die keine Flächen entsiegeln könnten, dadurch höhere Gebühren tragen müssten.

Auch StRin Goeth dankt namens der Freien Wähler. Die Gebührenerhöhung für das Niederschlagswasser ärgere zwar die Betroffenen, damit werde aber das Ziel der Flächenentsiegelung erreicht. Der Haushaltsplan zeige auch auf, dass Anlagen veraltet seien und Investitionen anstünden.

StRin Sonntag bezeichnet es als spannend, wie sich dieser Anreiz auf die Flächenentsiegelung auswirken werde. Im Übrigen schließt sie sich den Vorrednern an.

BM Kuhlmann gibt zu verstehen, Ziel waren und seien konstante Gebühren. Es sei jedoch logisch, dass bei weniger Flächen die Kosten für das Niederschlagswasser zunähmen.

Herr Rechmann führt aus, alle Becken müssten mit neuen Messungen belegt werden. In diesem Zuge würden verschiedene Maßnahmen durchgeführt, die nicht einzeln zur Beschlussfassung vorgelegt würden, da dies in der Verwaltungszuständigkeit liege nach Beschluss des Haushaltsplans.

In den letzten zwei Jahren habe man deutlich gemerkt, dass vor allem die Riß-Anlieger viele Flächen entsiegelt hätten und Niederschlagswasser in die Riß ableiteten. Mit der Erweiterung des Abwasserzweckverbandes würden die Abwasserbeiträge steigen. Damit habe man steigende Einnahmen, die dann allen Kanalnutzern zugute kämen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2014 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird festgestellt.
2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im ERGEBNISHAUSHALT mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	6.196.000 €
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	-6.196.000 €
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0 €
Veranschlagtes Sonderergebnis	0 €
Veranschlagtes Gesamtergebnis	0 €

2. im FINANZHAUSHALT mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.982.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.697.000 €
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.285.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	300.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-3.402.000 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.102.000 €
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-1.817.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.870.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.053.000 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.817.000 €
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	0 €

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf **2.870.000 €.**

§ 3
Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 400.000 €.

§ 4
Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 225/2013 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 12.12.2013. Infolge der Beratung wurde Drucksache Nr. 225/2013 – 1 erstellt, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Zeidler erläutert die Zielrichtung der neuen Benutzungsgebühren für die städtischen Kindertageseinrichtungen. Man stärke damit das familienfreundliche Profil der Stadt. Auf die Landesrichtsätze wolle man einen zehnprozentigen Abschlag geben, was der Leistungsfähigkeit der Stadt entspreche und leicht korrigierbar wäre, sollte es der Stadt einmal schlechter gehen. Er referiert kurz die Geschichte zur Entstehung der Vorlage. Vier gemeinsame Sitzungen mit den Kirchenvertretern hätten in guter Teamarbeit stattgefunden, auf die man aufbauen könne. Er dankt den Kirchenvertretern und Herrn Stark vom Amt für Bildung, Betreuung und Sport. Die Arbeitsgemeinschaft Kindergärten habe den Neuerungen in weiten Teilen zugestimmt. Gute Nachricht für Familien sei, dass die Gebühren zwischen 11 und 19 Prozent zurückgingen, obwohl der Leistungsumfang bei einigen Gebührentatbeständen verbessert werde. Die neuen Härtefallsätze seien auf Wunsch aus der Mitte des Gemeinderats empfohlen worden. Man empfehle keine Gebührenfreiheit, wie dies von Teilen des Gemeinderats gefordert werde. Biberach sei Teil der kommunalen Familie und es wäre ein schwieriges Signal für umliegende Gemeinden, wäre in Biberach der Besuch des Kindergartens gebührenfrei. Die Stadt müsse überdies doppelte Last tragen, da auch der entsprechende Gebührenaufschlag bei den Kirchen bezahlt werden müsste. Sofern ein gebührenfreier Besuch des Kindergartens gewollt sei, müsse ein deutliches politisches Signal von anderer Stelle erfolgen. Als Biberacher Weg könne er sich vorstellen, die Landesrichtsätze zugrunde zu legen und von Seiten der Stadt etwas mehr Leistungen zu bieten und etwas geringere Gebühren zu verlangen.

StR Walter würdigt das fast zwei Jahre dauernde Verfahren ähnlich. Es sei auch von einem Dezentenwechsel, persönlichen Engpässen und zahlreichen Abstimmungen geprägt gewesen. Als Grundsatz wolle man festhalten, dass eine gute Vorplanung und Vorberatung die Umsetzung erleichtere. Dies gelte nicht nur für Baumaßnahmen. Man wünsche die beste Betreuung für die Kinder, auch wenn dies noch mehr koste. Eine sozial gerechte und durchgängige Gebührenstaffelung sei gewollt gewesen und gelungen und dabei könnten noch alle Gebühren gesenkt werden. Auch wenn dies unlogisch klinge, sei dies bei guter finanzieller Ausstattung machbar. Er bezeichnet das neue Gebühren- und Leistungsmodell als Meilenstein der Biberacher Kinderbetreuung. Jedes Kind werde so betreut werden können, wie es die Familie wünsche. Er zieht die Parallele zur Geburt Christi. Ein Kind komme zur Welt, komme in die Krippe und werde von den Männern mit bester Heizung im Stall durch Ochs und Esel betreut.

StRin Kübler bemerkt, für die SPD-Fraktion wäre der gebührenfreie Kindergartenbesuch richtig gewesen. Es habe ein Paradigmenwechsel seit dem vergangenen Jahr stattgefunden, den man verwundert zur Kenntnis nehme, aber gerne mitgegangen sei.

Den Neid der Umlandgemeinden könne sie so nicht sehen, da die Besserstellung zum Teil jetzt schon durch die Finanzierung von Einrichtungen wie Stadtbücherei und Volkshochschule gegeben sei beziehungsweise man diese Einrichtungen auch nicht vorenthalte. Man akzeptiere jedoch die Ablehnung und freue sich über den familienfreundlichen Ansatz von OB Zeidler. Diesen Erfolg wolle man ihm nicht streitig machen, hätte sich aber über die Zusammenführung beider Ansätze

gefreut. Sie gehe davon aus, dass im Beschluss eine Dynamisierung bei der Härtefallregelung enthalten sei. Sie bittet einen anderen Begriff zu finden und nennt als Beispiel Überforderungsklausel, damit es weniger abschreckend sei. Besser und unkomplizierter wäre eine Bürgercard.

StRin Goeth zeigt sich dankbar für das transparente, durchgängige Gebührenmodell. Sie bezeichnet Chancengleichheit im Bereich Bildung und Betreuung als wichtig. Daher würden auch vom Landratsamt die Gebühren für Sozialhilfeempfänger übernommen und für die übrigen gebe es eine Härtefallregelung. Sie frage sich, warum diese nicht entsprechend in Anspruch genommen werde, vor allem für das verpflichtende letzte Kindergartenjahr.

StR Späh führt aus, für die Familienkomponente verdiene Biberach eine Eins mit Stern. Diese Entwicklung bringe vor allem Familien viel Positives. Auch er fände eine Umbenennung der Härtefallregelung gut. Auch die Grünen hätten sich gewundert, warum sie nicht mehr in Anspruch genommen werde. Dies müsse hinterfragt werden. Die Einigung mit den Kirchen bezeichnet er als sehr positiv. Er dankt Herrn Stark und allen Beteiligten für diese gute Lösung für die Bürger.

StR Funk gibt zu verstehen, der FDP-Fraktion wären Bildungs- und Betreuungsgutscheine lieber gewesen. Er gratuliert aber OB Zeidler, dass er diese Lösung in weniger als einem Jahr geschafft habe. Die Transparenz in der Vorlage sei beeindruckend und heute ein guter Tag für die Familien. Die FDP-Fraktion stimme zu.

OB Zeidler lässt wissen, eine Dynamisierung sei aus heutiger Sicht in der Härtefallregelung nicht enthalten. Er schlägt vor, das Thema immer wieder auf den Tisch zu bringen. Er habe grundsätzlich den Vorschlag, die Gebühren an die Landesrichtsätze anzupassen, damit nicht alle zwei Jahre neu verhandelt werden müsse.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt dem Modell 3 in Drucksache Nr. 225/2013 zur Neugestaltung der Kindergartengebühren zu.
Dabei wird bei der Neugestaltung der Benutzungsgebühren in der Stufe 4 (4 und mehr Kinder unter 18 Jahren in der Familie) der Gebührenfaktor von 0,25 (75 % Ermäßigung) auf 0,17 (83 % Ermäßigung) reduziert.**
- 2. Die Umsetzung der neuen Kindergartengebühren erfolgt zum Kindergartenjahr 2014/15.**
- 3. Den vorgeschlagenen Regelungen zur Ferienbetreuung und zur Erhöhung von Betreuungszeiten im Ausnahmefall wird zugestimmt.**
- 4. Der unter Ziff. 3.3 der Drucksache Nr. 225/2013 dargestellten Neufassung der Härtefallregelung wird zugestimmt. Es werden folgende Einkommensgrenzen zugrunde gelegt, die sich an der Bezugsgröße nach dem Sozialgesetzbuch orientieren: Für Alleinerziehende 33.000 Euro/Jahr und für Verheiratete 38.000 Euro/Jahr.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 236/2013 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Von den neun Sitzen des Ortschaftsrats Stafflangen entfällt auf die Ortsteile Hofen und Eichen/Eggelsbach ein Sitz.**
- 2. Die in Anlage 1 zu Drucksache Nr. 236/2013 dargestellte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung wird beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 240/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 02.12.2013.

OB Zeidler bezeichnet es als üblich in allen Kommunen, die Satzung im Abstand einiger Jahre anzuschauen. Nach zehn Jahren Pause sei eine Anpassung angemessen. Als er die Satzung erstmals gesehen habe, habe er sich über die 12 Euro Grundpauschale gewundert. In seiner früheren Gemeinde habe der Betrag 50 Euro betragen. Er bezeichnet die Gemeinderatstätigkeit als anspruchsvollstes Amt, das im Ehrenamt zu vergeben sei. Gemeinderäten werde unglaublich viel abverlangt und es sei eine hohe Präsenz gefordert. Berufstätige hätten finanzielle Einbußen, die kompensiert werden müssten. Biberach sei ein Mittelzentrum mit einem Leistungsangebot für 50 000 Einwohner. Bei Zustimmung zur Satzung liege man im oberen Mittelfeld vergleichbarer Städte. Er bezeichnet es als nobel, noch in der alten Legislaturperiode dieses Thema zu bereinigen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 4 Enthaltungen (StRe Drews, Kapfer, Sonntag, Weber) und 22 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die neue Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit wird beschlossen (siehe Anlage 1 zu Drucksache Nr. 240/2013).

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 241/2013 zur Beschlussfassung vor.

Die Fraktionen haben gegenüber OB Zeidler die Vertreter benannt, die er vorliest und die sich im Beschlussantrag widerspiegeln.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014 wird ein Gemeindevwahlausschuss mit folgender Zusammensetzung gewählt:

	Vorsitzender	Stellvertreter
	OB Norbert Zeidler	BM Christian Kuhlmann
Fraktion	Beisitzer	Stellvertretende Beisitzer
CDU	Edmund Wiest Köhlesrain 76	Wolfgang Merk Drosselweg 3
SPD	Ilse Graf Hühnerfeldstraße 38	Helga Späth Beethovenstraße 7
FW/UB	Friedrich Zügel Hindenburgstraße 3	Hans Käßbohrer Heuweg 39
Grüne	Ursula Brunner Hühnerfeldstraße 20	Gisela Pilgram Michael-Mohr-Weg 1
FDP	Wolfgang Hein Dinglingerstraße 16	Stefan Elsner Weberberggasse 5

TOP 10. Bekanntgaben - Frühere Dollinger-Realschule

OB Zeidler lässt wissen, in der Vorwoche sei EBM Wersch in Sachen Turnhalle alte Dollinger-Realschule sehr aktiv gewesen.

EBM Wersch trägt vor, er habe eine längere Nutzung der Halle mit Landesvertretern besprochen, insbesondere der Abteilung Vermögen und Bau in Ulm. Dort habe er erfahren, dass das Verfahren schon sehr weit gediehen sei. Sofern das Wetter es zulasse, werde mit den Abbrucharbeiten im Januar 2014 begonnen. Das Land sei bereits vertraglich Verpflichtungen eingegangen und im Falle einer Verzögerung würden Schadenersatzforderungen fällig. Eine längerfristige Verzögerung wäre überdies ohnehin nicht erreichbar, sondern maximal drei Monate tolerabel. Für die gesamte Baustellenabwicklung müsse das Gelände frei gemacht werden, was den übrigen Bauablauf erleichtere. Die Maßnahmen seien insgesamt nach dem Nachtrag des Landeshaushalts finanziert, so dass die Memelstraße voraussichtlich schon zum 30.09.2015 im Besitz übergehen könne. Es sei also gemeinsames Interesse von Stadt und Land, dass der Bauablauf zügig vonstaten gehe.

TOP 11.1 Verschiedenes - Streetworker und Wochenblattbericht

StR Heinkele bringt vor, im Wochenblatt sei berichtet worden, dass die Streetworker über Weihnachten Urlaub machten. Der Redakteur habe offensichtlich nicht aufgepasst, da an den Weihnachtstagen immer ein Streetworker im Einsatz sei und für besonders Unterstützungsbedürftige sei dieser auch per Handy erreichbar.

TOP 11.2 Verschiedenes - Neujahrswünsche des Gemeinderats

„Es ist geschafft“ bemerkt StR Hagel. Man habe im vergangenen Jahr circa 250 Vorlagen und den Haushaltsplan 2014 abgearbeitet. Das nächste Jahr komme und werde mit großer Wahrscheinlichkeit nicht weniger arbeitsintensiv. Er nennt einige Zahlen des Arbeitsaufwandes eines Gemeinderats: 3 500 Seiten lesen, circa 150 Stunden Leseaufwand, was einem Monat Vollzeitarbeit entspreche. Hinzu kämen Diskussionen in den Fraktionen und im Gemeinderat in etwa gleicher Höhe. Es sei daher nicht verwunderlich, dass es schwierig sei, Kandidaten zu finden. Dennoch könne er festhalten: Es mache Spaß mitarbeiten und mitgestalten zu dürfen. Biberach habe zudem ausgezeichnete Finanzen, die von Verwaltung und Gemeinderat verantwortungsbewusst verwaltet und eingesetzt würden für eine aktive Gestaltung der Stadt. Überdies sei die Stimmung im Gremium weitgehend sehr gut und teilweise auch von überfraktionellen Freundschaften geprägt. Dies ermögliche zielgerichtetes Arbeiten und ein faires Ringen um die jeweils richtige Richtung. Gefreut habe der Kommentar von Herrn Mägerle zur Berichterstattung über die Haushaltsberatungen. Er habe die Arbeit des Rates und die Art, transparente Lösungen zu finden, gewürdigt.

Im ersten Jahr der Ära Zeidler sei mit angenehmer Führungsart und mit eingesetzter Weisungskompetenz Vertrauen geschafft worden. Die mediativen Fähigkeiten von OB Zeidler schafften es, auch aus Sackgassen herauszukommen. Am 10. Januar habe man ihn mit Wohlwollen ins Amt gesetzt und mit Wohlwollen könne man auf die Ereignisse zurückblicken. Er verzichte auf einen Vortrag aller Maßnahmen, die in der Jahreschronik nachgelesen werden könnten. Die Biberacher Wirtschaft dürfe man beim Stichwort Wohlstand nicht vergessen. Er nennt einige Beispiele aus dem Investitionsplan, die anstünden. Man freue sich, diese zusammen mit Verwaltung und Oberbürgermeister angehen zu dürfen. Er dankt allen Aktiven beispielhaft der Bürgerschaft und allen Mitarbeitern der Verwaltung inklusive der Verwaltungsspitze. Herausgreifen wolle er Frau Leonhardt, von der man sehr viel abverlangt habe durch Zusatzaufgaben, die sie mit traumwandlerischer Sicherheit übernommen habe. Dank gelte auch an die Geschäftsstelle des Gemeinderats, die den Gemeinderat immer bestens versorge und betreue.

Er überreicht Frau Appel einen Blumenstrauß und Präsente für sie und die Mitarbeiter.

Abschließend wünscht er frohe und gesegnete Weihnachten und ein gesundes und friedvolles neues Jahr.

Gemeinderat, 16.12.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Zeidler (ohne TOP 4)
Vorsitzender:	EBM Wersch (TOP 4)
Stadtrat:	Hagel
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	BM Kuhlmann